

Editorial

Dominic Schwickert, Maria Skóra, Diego Rivas,
Lukas Schwemer, Ansgar Klein

Die USA nach der Präsidentenwahl

Mobilisierung sozialer Bewegungen und eine gespaltene Zivilgesellschaft

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0001>

Donald Trumps Präsidentschaft endete am 20. Januar 2021. Ihren Tiefpunkt hatte diese abgründige Ära zwei Wochen zuvor erreicht, als am 6. Januar ein vom amtierenden Präsidenten persönlich angeheizter Mob das Kapitol angriff. Die Bilder dieser Tage werden sich im kollektiven Gedächtnis nicht nur der Vereinigten Staaten festsetzen. Aus deutscher Perspektive rufen sie Erinnerungen wach an den Versuch rechtspopulistischer und rechtsextremer Akteure, im August 2020 in das Reichstagsgebäude einzudringen. Das vorliegende Themenheft analysiert die Trump-Präsidentschaft mit Blick auf Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen und möchte so zugleich einen Blick nach vorne ermöglichen.

Eskalation der Machtübergabe – die Erstürmung des Kapitols und die Folgen

Trotz eindeutiger Aufrufe Trumps im Vorfeld, umfangreicher Mobilisierungen insbesondere im Dark Net, und klarer Ansage des FBI¹ war das Kapitol am 6. Januar nur unzulänglich von Sicherheitskräften geschützt. So konnte die Besetzung des Gebäudes nicht verhindert werden. Sieben Menschen kamen zu Tode, die Bilder der Verwüstungen gingen um die Welt. Schnell wurde klar, dass es sich bei den Ereignissen keinesfalls um eine spontane Aktion handelte. Fragen waren zu klären: Warum waren die Sicherheitskräfte vor Ort so schwach? Warum war die von der Washingtoner Bürgermeisterin angeforderte Nationalgarde nicht rasch zur Stelle?

¹ (https://www.washingtonpost.com/national-security/capitol-riot-fbi-intelligence/2021/01/12/30d12748-546b-11eb-a817-e5e7f8a406d6_story.html).

Wer hatte den Angriff auf das Kapitol im Vorfeld organisiert? Und gehörten auch Abgeordnete der Republikanischen Partei zu den Drahtziehern des Aufstands?

Die autoritären Regierungen dieser Welt – von China und Russland über Brasilien bis Ungarn – reagierten auf die Geschehnisse mit Häme und abfälligen Bemerkungen über die Demokratie. Die USA und auch Europa haben angekündigt, die demokratischen Staaten weltweit zu gemeinsamen Beratungen zusammenzuführen. Die Regierungen der demokratischen Staaten – allen voran die neue Biden-Regierung, die von „terroristischen Aktivitäten“ sprach – verurteilten die Erstürmung des Kapitols als Angriff auf die Herzkammer der Demokratie.

Facebook und wenig später auch Twitter sperrten daraufhin dauerhaft das Konto des Präsidenten mit seinen 89 Millionen Followern aus Sorge vor weiterer Nutzung dieser Medien zur Mobilisierung der Trump-Anhängerschaft. Über 56.000 Kurznachrichten, darunter Tausende Lügen, hatte Trump dort verbreitet. Auch die Plattform Parler wurde von Amazon und Apple aus deren App-Stores verbannt, und Google schaltete dann den Server ab. Ob diese Maßnahme am Ende nicht sogar eine Opferrolle für Trump und damit günstige Startbedingungen für dessen weitere außerparlamentarische Agitation bietet, wird seitdem heiß diskutiert.

Ohne die enorme Macht der Social Media, die den Aufbau einer Gesinnungsgemeinschaft und deren Mobilisierung gegen die Demokratie in einer Art paralleler Öffentlichkeit ermöglichte, wären weder die Dynamik der Ära Trump noch der Angriff auf das Kapitol zu verstehen. Fragen einer Regulierung dieser gigantischen privatwirtschaftlich geführten Medienplattformen erhalten für demokratische Gesellschaften vor diesem Hintergrund neue Dringlichkeit.

Der Tag des Sturmes auf das Kapitol wurde auf den Tag hin geplant, an dem dort die Ratifizierung der Wahlergebnisse für den nächsten US-Präsidenten erfolgte. Die Bedrohung des Kongresses führte zu einer zunehmend sichtbaren Spaltung von Trump-Kritikern von einer schmelzenden, aber weiterhin sehr starken harten Anhängerschaft. Vizepräsident Pence war es, der als Sitzungsleiter die Wahl von Biden und Harris offiziell bestätigte. Gegen ihn richtete sich der ganze Hass des eingedrungenen Mobs.

Dieser ist in den USA – eine Folge des dort nie völlig ausgeprägten staatlichen Gewaltmonopols und des zweiten Verfassungszusatzes, der den Bürger*innen das Recht zum Waffentragen einräumt – dann bewaffnet und bereit, diese Waffen auch einzusetzen. So ist es auch kein Wunder, dass der Amtsantritt Bidens in Washington von 25.000 Soldaten der Nationalgarde geschützt wurde und zugleich alle Landeshauptstädte in den 50 Staaten – die USA sind zu Zeiten der Machtübergabe an den neuen Präsidenten eine Demokratie im Ausnahmezustand.

Bundespräsident Steinmeier und Vertreter*innen der Bundesregierung betonten in ihrer Kommentierung der Ereignisse die Zusammenhänge zwischen Gewalt und Hetze in den Social Media und den dort geschürten Feindbildern.

Noch am 8. Januar teilte die Bundesregierung mit, dass sie im Lichte des Geschehens in Washington ihren Gesetzentwurf gegen Hass und Hetze im Netz beschleunigt behandeln werde. Bundestagspräsident Schäuble ließ die Sicherheitsvorkehrungen am Reichstag deutlich verschärfen.

Nach dem Angriff auf das Kapitol brachten die Demokraten sowie Teile der noch amtierenden Trump-Regierung die Möglichkeit ins Spiel, den noch amtierenden Präsidenten gemäß dem 25. Zusatzartikel der Verfassung wegen erwiesener Unfähigkeit zur Amtsführung absetzen zu lassen. Vizepräsident Pence lehnte es aber ab, dieses Verfahren anzuwenden. Am 13. Januar wurde daraufhin im Repräsentantenhaus wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ das zweite Impeachmentverfahren gegen Präsident Trump eröffnet – im Repräsentantenhaus unterstützt von 10 republikanischen Abgeordneten. Am 14. Februar 2021 wurde der Antrag auf erneutes Impeachment des nunmehr Ex-Präsidenten im Senat mit einem Stimmverhältnis von 57:43 abgelehnt. 7 republikanische Senator*innen hatten für den Antrag gestimmt. Präsident Trump ist damit jedoch der erste Präsident in der Geschichte der USA, gegen den gleich zwei Amtsenthebungsverfahren eröffnet wurden.

Insgesamt scheint die von Trump geschürte Eskalation einen kathartischen Effekt, eine klärende Wirkung, gehabt zu haben: Der Angriff auf das Kapitol wurde als Angriff auf die Institutionen des demokratischen Staates in den USA und der demokratischen Staatenwelt schlechthin zurückgewiesen. Offen bleibt die Zukunft der Republikanischen Partei: Kann sie sich von Trump sowie vom „Trumpismus nach Trump“ emanzipieren? Oder wird der gescheiterte Präsident weiterhin Einfluss ausüben? Sein erster öffentlicher Auftritt Anfang März 2021 bestätigt dies.

Auch ob Trump noch juristisch für die Ereignisse im Januar in Washington zur Verantwortung gezogen wird, ist nach Ablehnung des zweiten Impeachment-Antrags eher unwahrscheinlich. In jedem Fall jedoch drohen ihm zahlreiche Zivilprozesse. Die Deutsche Bank, über lange Jahre Trumps Hausbank, will sich nun (wie viele andere frühere Geschäftspartner) rasch vom gescheiterten Präsidenten lösen. Trump gewährte Kredite in Höhe von mindestens 300 Millionen Dollar werden schon in den kommenden Jahren fällig. Auch Trumps Golfplätze sollen nach dem Willen der Veranstalter künftig nicht mehr Austragungsort bedeutender Golfturniere sein.

Trump will sich weiter in den sozialen Medien betätigen und plant dort nach eigenen Angaben den Aufbau einer eigenen Plattform. Das Erbe Trumps dürfte vor allem in einem langlebigen „Trumpismus“ bestehen, der sich auf dem Terrain zivilgesellschaftlicher Aktivitäten fortentwickelt und die Spaltung der amerikanischen Nation an ihren Graswurzeln weiter verschärft. Dies ist auch der Grund für dieses Themenheft.

Die Präsidentschaft Trumps – eine zivilgesellschaftliche Bilanz

Die Präsidentschaft Trumps kam für die meisten Beobachter unerwartet und nahm rasch ganz eigene Züge an: Traditionen und Rollenverständnisse der ältesten Demokratie der modernen Welt wurden radikal in Frage gestellt. Der Respekt vor Wissenschaft, Medien und einer kritischen Öffentlichkeit sowie vor dem politischen Institutionengefüge mit seinen Checks and Balances wurde aufgekündigt. Internationale Bündnisse und Abkommen (von den Vereinbarungen mit dem Iran über das Pariser Klimaabkommen bis hin zur NATO) wurden in dieser Präsidentschaft nach dem Leitspruch „America first“ für nichtig erklärt. Der Angriff auf das Kapitol stellte dabei den Höhepunkt der Eskalation dar.

Als Präsident entfaltete Trump einen Kommunikationsstil ohne Beispiel. Mittels Social Media wandte er sich direkt an seine große Anhängerschaft und versuchte diese propagandistisch in seinem Sinne zu mobilisieren. Diese systematische Spaltung der Wahrnehmungs- und Medienwelten begleitete und verstärkte die gesellschaftliche Polarisierung in nie dagewesenem Maße.

Die Republikanische Partei selbst hat sich während der Präsidentschaft Trumps dem Präsidenten immer mehr angeglichen. Zuletzt verdeutlichten dies die 147 Kongressmitglieder (8 Senatoren und 139 Abgeordnete des Repräsentantenhauses), die selbst noch nach dem Angriff auf das Kapitol für die Annullierung des Wahlergebnisses eintraten und damit den bizarren Betrugsbehauptungen ihres Präsidenten weiteren Vorschub leisteten.

Zu erwarten ist, dass Trumps Unterstützernetzwerke, zu denen viele Evangelikale und Milizen zählen, auch weiterhin in den Sozialen Medien wie auch durch (gewaltsame) Proteste als quasi außerparlamentarische Opposition eine negative Dynamik entfalten, die die Spaltung der Gesellschaft sowie die massive Unterminierung evidenzgebundener und gemeinwohlverpflichteter Politik weiter vorantreiben. Kurzum: Trump selbst mag am Ende sein, der „Trumpismus“ ist es nicht.

Trumps Regierung, die nach *Hubertus Buchstein* (in diesem Band) dem Regierungstypus des (Rechts-)Populismus zugeordnet werden muss – wenn auch mit einigen Besonderheiten –, hat die Demokratie in den USA nicht gestützt, sondern massiv angegriffen. Ob Wahrheitstreue, Schutzverpflichtung der Demokratie gegenüber oder sogar der Schutz von Menschenleben – im Trumpismus gelten Freund-Feind-Abgrenzungen in radikaler Absolutheit, was auch für die Biden-Harris-Regierung eine ständige Herausforderung bedeuten wird.

Erstarken der zivilgesellschaftlichen Kritik an Trump

Doch blieb diese Politik auch in der US-amerikanischen Gesellschaft nicht ohne kritische Resonanzen. So erlebten die Vereinigten Staaten im Jahr 2020 ein nie dagewesenes Erstarken sozialer Bewegungen im ganzen Land. Trumps Politik machte etwa Immigrant*innen und ihren Familien deutlich, dass viel auf dem Spiel steht. Bis hin zur Registrierung für die Präsidentschaftswahl wurde sichtbar, dass Inklusion und gleiche politische Rechte hart verteidigt und erkämpft werden müssen. Die Corona-Krise hat die fatalen und existentiellen Folgen einer fehlenden sozialen und gesundheitlichen Absicherung einer großen Zahl von US-Bürger*innen unübersehbar gemacht. Die Übergriffe von Polizeibeamten gegen Schwarze Bürger*innen, angeheizt vom Mord an George Floyd am 25. Mai 2020 in Minneapolis, haben den Protest gegen Rassismus geschürt. Weitere Protestthemen waren Krieg, die Klima- und Umweltkrise, eine umfassendere Krankenversicherung, die Rechte von Frauen, LGBTQ und anderer diskriminierter Gruppen (siehe *Margit Mayer in diesem Heft*)

Erstarkte Mobilisierung auch von rechts

Gleichzeitig erstarkte, aufgestachelt von der Rhetorik des Präsidenten, die Mobilisierung von rechts. Hinzu kamen Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen, die von der Republikanischen Partei sowie von rechten Medien unterstützt wurden. Deutlich wird: Unzivile Akteure, Organisationen und Bewegungen agieren in den Handlungsräumen der Zivilgesellschaft und streben dort Raumgewinne und Unterstützung an. Sie wenden sich gegen Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, kritische Öffentlichkeit und Demokratie, sofern diese ihren eigenen Interessen im Wege stehen (siehe *Sabine Ruß-Sattar in diesem Heft*).

Man rechnet unter Trumps Unterstützern mit einer Gruppe von 10.000 bis 20.000 militanten, gewaltbereiten und hochgerüsteten Gefährdern, zum Teil mit Berufserfahrungen als Soldaten oder Polizisten. Der Vergleich mit den in den USA in den letzten beiden Jahrzehnten so stark diskutierten ca. 500 islamistischen Gefährdern macht deutlich, dass hier ein enormes Gefahrenpotential liegt.



Quelle: online-Flyer, verbreitet über parler, twitter sowie <https://www.thegatewaypundit.com/pw-content/uploads/armed-march.flyer-dc.jpg>; Das Plakat nutzt die Formel „not to be silenced“, die von Menschenrechtsbewegung und Frauenbewegung (Gewalt gegen Frauen) ebenfalls benutzt wurde. Die Nutzung des Bildes der Freiheitsstatue lässt erst einmal auf liberale Ziele schließen – anhand des Bildes wird aber natürlich sehr gut das Mindset der „Aufständischen“ klar, die sich selbst als Retter der amerikanischen Demokratie sehen.

Herausforderungen der Regierung Biden/Harris

Das Wahlergebnis hat das Duo Biden-Harris mit der größten Anzahl von Wähler*innenstimmen in der Geschichte der USA als Sieger bestätigt und den Demokraten nach der Stichwahl in Georgia die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses gesichert. Doch auch Trump hatte bei der Wahl für die Republikanische Partei aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung ein Rekordergebnis vorzuweisen. Der Einfluss mächtiger Finanziers auf die Wahlkämpfe der Parteien bleibt weiterhin eine Achillesferse der US-amerikanischen Demokratie. Die alten Verfassungsregeln sind möglicherweise aktuellen Herausforderungen nicht mehr gewachsen und müssten vorsichtig modernisiert werden. Der Zuschnitt der Wahlkreise begünstigt strukturell weiterhin konservative ländliche Räume in den USA.

Die Vielfalt der Gesellschaft, dies macht aktuell die Demokratische Partei deutlich, muss sich in Parlament und Regierung ausdrücken. Mit der Wahl von Kamala Harris als seiner Stellvertreterin, der Nominierung von Lloyd Austin als erstem schwarzen Verteidigungsminister sowie von Deb Haaland als erster indigenen Chefin des „Department of the Interior“ (zuständig für Land Management, den United States Geological Survey oder den National Park Service) sendet Joe Biden erste Signale eines anderen, neuen Amerikas. Ein Amerika, das sich selbst neuen Maßstäben der demokratischen Repräsentation und Chancengleichheit unterziehen und sein staatliches Ansehen sowohl bei seinen eigenen wie auch bei Bürger*innen aller Welt wiederherstellen will. Auch die Kandidat*innen der demokratischen Partei repräsentieren in deutlich steigendem Maße die gesellschaftliche Vielfalt der Vereinigten Staaten. Es wird aufschlussreich sein, wie sich in dieser Hinsicht die Republikanische Partei entwickeln wird.

Die Herausforderungen für die Präsidentschaft von Biden und Harris könnten kaum größer sein. Innenpolitisch sind die USA weltweit aktuell am stärksten von der Corona-Pandemie betroffen, die Arbeitslosigkeit ist massiv angestiegen, die soziale Not angesichts schwacher gesundheits- und sozialpolitischer Sicherungssysteme sowie hoher sozialer Ungleichheit gewaltig. Und dies alles vor dem Hintergrund einer stark gespaltenen Gesellschaft und eines weiter dynamischen Trumpismus.

Stärkung des Multilateralismus

Außenpolitisch kommt es für die Regierung Biden darauf an, dem gewaltigen Scherbenhaufen der Trump-Administration Herr zu werden sowie die Erwartungen verprellter Partner auszubalancieren mit einem durch die Corona-Krise massiv unter Druck geratenen nationalen Etat und einem heterogeneren außenpolitischen Stimmungsbild innerhalb der eigenen demokratischen Reihen. Dass die USA unter Präsident Biden wieder zur Stärkung statt zur Erosion internationaler Governance beitragen wird, kann als sicher gelten. Offen bleibt jedoch, wie viel politischer Handlungsspielraum der neuen Administration tatsächlich zur Verfügung steht, um Worten der Normalisierung spürbare Taten und wirkungsvolle multilaterale Vorhaben, etwa zur Förderung sozial-ökologischer Transformation, folgen zu lassen.

Wie viel Härte der „America first“-Jahre also de facto in der nahen Zukunft im multilateralen Auftritt der USA verbleiben wird, ist aus europäischer Sicht vorerst ungewiss. Gewiss scheint jedoch, dass sich parallel zu sozialen Bewegungen eine weitere zentrale Akteursgruppe auf subnationaler Ebene herauskristallisierte:

Städte und urbane Zentren. So erkämpften sich – oftmals in direkter Konfrontation mit dem Weißen Haus – die lange unterschätzten Rathäuser des Landes eine beachtliche neue, gestalterische Rolle gerade auch im internationalen Kontext. Daher dürften sich Städte als wichtiger Hebel für die Wiederbelebung und überfällige Modernisierung der transatlantischen Beziehungen jenseits etablierter Formate erweisen (siehe *Cathryn Clüver Ashbrook* in diesem Band).

Zu den Beiträgen des Themenschwerpunkts

Hubertus Buchstein analysiert die Fragilität der liberalen Demokratie angesichts der Herausforderung des „Postpopulismus“. Es ist nicht einfach, das Phänomen Donald Trump mit Hilfe der traditionellen politikwissenschaftlichen Begrifflichkeit genau einzuordnen. Habituell und seinen Verlautbarungen nach hat er sich als ein Despot zu erkennen gegeben, der – wenn es nur nach ihm gegangen wäre – das Präsidentenamt am liebsten als Diktator ausgeübt hätte. Aber weder die politikwissenschaftlichen Termini Rechtspopulismus, Autoritarismus, Faschismus und Rechtsradikalismus noch Vergleiche mit dem Peronismus sind jeder für sich genommen treffend, um seine Ambitionen genau zu bezeichnen. Trumps Sympathien für autoritäre Regimes sind offensichtlich, so *Buchstein*, ebenso der rechtsradikale Inhalt vieler seiner Ansichten und Äußerungen. Mit dem historischen Faschismus Italiens wiederum teilt er seine aggressiven propagandistischen Feinderklärungen und seine zuweilen überraschende programmatische Flexibilität. Da sein rastloses Agieren eingebettet blieb in ein politisches Institutionensystem, das er in den vier Jahren seiner Amtszeit lediglich teilweise beschädigen konnte, ist es vermutlich am treffendsten, seine Präsidentschaft dem Regierungstypus des (Rechts-)Populismus zuzuordnen, wenn auch mit einigen Besonderheiten.

Das bedeutet für die neue Regierung Biden/Harris eine schwere Hypothek, denn sie muss ihre Reformpolitik im Schatten einer post-populistischen Konstellation durchzusetzen versuchen, die von den oppositionellen Republikanern brutal obstruiert werden wird. Das antiquierte Verfassungssystem der USA trägt dazu bei, die neue Regierung zu paralysieren. *Buchstein* entwirft anschließend das Szenario eines erfolgreichen Neuanlaufes einer republikanischen Rechtspopulistin und spielt durch, wie leicht es sein könnte, die USA in einem solchen zweiten Anlauf in ein autoritäres Regime umzuwandeln. Die Aufgaben, die sich demgegenüber für eine die Demokratie stärkende Zivilgesellschaft stellen, sind vor diesem Hintergrund gewaltig.

Claus Leggewie wirft einen analytischen Blick auf rechte soziale Bewegungen als Stütze des autoritären Nationalismus in den USA. Donald Trumps Chancen, 2020 im Amt bestätigt zu werden, verdankten sich seiner männlich-weißen und religiösen Unterstützerbasis. Kommentator*innen hatten schon 2016 gefragt, warum ausgerechnet besonders Glaubenseifrige sich auf die Seite eines Mannes schlugen, der dann auch als Amtsinhaber gegen alles verstieß, was ihnen heilig sein müsste: ein notorischer Blasphemiker, Ehebrecher, Lügner und Meister des *dirty talk*, vor dem man seinen Kindern besser die Ohren verschließt? Die Antwort lautet kurz und bündig: Weil sie sich mehrheitlich eher als Weiße denn als Fromme fühlen und der Anteil weißer Evangelikaler an der Gesamtbevölkerung schrumpft. Weil sie um ihre Vorherrschaft in Amerika fürchten, umjubeln sie einen Politiker, der vor allem versprochen und einiges dazu getan hat, liberale Errungenschaften wie die Abtreibungsregelung der 1970er Jahre zu Fall zu bringen und die seinerzeit ausgelösten Kulturkämpfe zu ihren Gunsten zu wenden.

Margit Mayer gibt einen Überblick über die progressive Protestlandschaft in der Ära Trump und die hier entstandenen Konvergenztendenzen. An Hand von zwei Bewegungen – zum einen der gegen soziale Not und Armut gerichteten *Social Justice*-Bewegung und zum andern der gegen Polizeigewalt und Rassismus protestierenden *Black Lives Matter*-Bewegung – untersucht sie tradierte wie neue Eigenschaften. Sie verortet die Bewegungen der Trump-Ära im Kontext des Versprechens des ‚Amerikanischen Traums‘ einer ständig weiter wachsenden inklusiven Demokratie – ein Modell, das in mehrfacher Hinsicht an seine Grenzen gestoßen ist. Dadurch werden die Chancen dieser progressiven Bewegungen in diesem historischen Moment deutlich: der Widerstand gegen die Verknüpfung rassistischer und kapitalistischer Herrschaftsformen ist deutlicher denn je. Auch wenn gleichzeitig Bewegungen, die von Trump und der von ihm radikalisierten Republikanischen Partei angefeuert wurden, das alte Geschäftsmodell (mit Gewalt) zu verteidigen.

Auch *Sabine Ruß-Sattar* analysiert die wichtigsten sozialen Bewegungen in der Ära Trump und fragt danach, wie sich Zivilgesellschaft und Demokratie unter den Rahmenbedingungen der starken politischen Polarisierung bis hin zur Erstürmung des Kapitols entwickelt haben. Unter der Präsidentschaft Trumps kam es zu den größten Massenprotesten der amerikanischen Geschichte. Im Zeitraum 2016 bis 2018 hat jede*r fünfte Amerikaner*in an Protesten teilgenommen, 19 Prozent davon zum ersten Mal in ihrem Leben.

Am Anfang des dynamischen Protestgeschehens standen der *Women's March* und das Netzwerk *Black Lives Matter*, aber zu verzeichnen ist auch ein Anwachsen nicht ziviler Bewegungen wie der Anti-Immigrationsbewegung und der White Supremacist-Bewegungen, die vom Präsidenten wiederholt eindeutige Anerkennung ausgesprochen bekamen. Der Trump-Effekt bestand also in einer

präzedenzlosen politischen Mobilisierung – einerseits zugunsten der Allianz-bildung progressiver Kräfte, andererseits zugunsten der Legitimierung illiberaler Kräfte. Die amerikanische Demokratie erscheint in ihrem Kern beschädigt und ist angewiesen auf das Engagement der Zivilgesellschaft zur Demokratiereform und Sicherung des gleichen und fairen Wahlrechts.

Die Rubriken

Der Themenschwerpunkt wird auch in unseren Rubriken aufgegriffen. In der *Aktuellen Analyse* geht *Knut Dethlefsen* den Folgen der Corona-Krise für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den USA nach und erklärt, durch welche Faktoren die Pandemie in den USA außer Kontrolle geraten ist. Donald Trump und sein Rechtspopulismus amerikanischer Prägung haben im Angesicht der Pandemie komplett versagt. Das Virus traf auf eine polarisierte Gesellschaft und auf eine bestehende Skepsis vieler US-Amerikaner*innen gegenüber Wissenschaft und Expert*innen. Beide Voraussetzungen formten die amerikanische Antwort auf die Pandemie, die wie in keiner anderen Gesellschaft zum Politikum wurde.

Donald Trump schürte die politische Polarisierung im Umgang mit der Krise und profitierte von ihr, aber es reichte nicht, um die Wiederwahl zu gewinnen. Die unzureichende Absicherung der Lebensrisiken, die Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems, der schwache Sozialstaat und die Spaltung der US-Gesellschaft und Wirtschaft anhand der Hautfarbe führten dazu, dass die Pandemie vor allem für nicht-weiße Amerikaner*innen (und hier insbesondere Frauen) verheerende gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen hatte. Selbst die teilweise beobachtbare Erholung der Wirtschaft ist ungleich verteilt.

Joe Biden und Kamala Harris werden ihre Ämter im Angesicht ungelöster Krisen und riesiger Herausforderungen antreten. Gleichzeitig hat die Biden-Harris-Administration die seltene Chance, entscheidende Weichen zu stellen und die strukturellen Veränderungen des Landes mit zu gestalten, die die Corona-Krise aufgezeigt und beschleunigt hat.

Im *Pulsschlag* analysiert *Judith Langowski* das Equal Rights Amendment (ERA) als einen Katalysator für die US-Frauenbewegung und lässt auf Basis von Recherchen und Interviews einige Akteurinnen zu Wort kommen. Seit fast 100 Jahren kämpft die feministische Bewegung für ein ERA zur US-Verfassung. Getragen von einem neuen, aus Ablehnung der Trump-Administration heraus entfachten Momentum erreichte das ERA im Januar 2020 die letzte der 38 benötigten bundesstaatlichen Ratifizierungen – und steht damit, so scheint es, seinem Ziel zum Greifen nah. Gleichzeitig jedoch hinterlässt Trump einen noch konser-

vativer ausgerichteten Obersten Gerichtshof, der die über Jahrzehnte erarbeiteten Erfolge der Bewegung zunichtemachen könnte.

Ebenfalls im Pulsschlag beleuchtet *Cathryn Clüver Ashbrook* die sich signifikant verändernde Rolle US-amerikanischer Städte hin zu regelrechten „Zentren neuer Macht“: Das hierarchisch-gegliederte System der USA verschiebt sich angesichts einer neuen Problemdichte, deren Lösung zunehmend multidimensionale Antworten braucht. Diese Lösungen finden sich zunehmend auf der urbanen Ebene, während die föderale Macht in den Vereinigten Staaten strukturell schwächer wird und die nationale Regierung entweder zu spät oder zu wenig gezielt auf die Bedürfnisse der Bürger eingeht. Unter der Trump-Regierung führte das mitunter zu direkter Konfrontation: Das Weiße Haus gegen die Rathäuser des Landes. In einer neuen politischen Ära in den USA könnten Städte eine größere, gestalterische Rolle bei der Umsetzung einer progressiven Agenda spielen, die dazu beitragen kann, das Vertrauen in die amerikanische Demokratie und die transatlantischen Beziehungen wiederherzustellen – dem föderalistischen System der USA zum Trotz.

Auch unsere *Literatur-Rubrik* greift das Schwerpunktthema auf. Besprochen werden zwei Bände zur *Resistance*, der breiten Protestbewegung gegen die Trump-Administration. Elias Steinhilper rezensiert den Sammelband „The Resistance. The Dawn of the Anti-Trump Opposition Movement“ von David S. Meyer und Sidney Tarrow (2018, Oxford University Press) und Moritz Sommer stellt die 2019 bei Columbia University Press von Dana Fisher veröffentlichte Studie „American Resistance. From the Women’s March to the Blue Wave“ vor.

In unserer ergänzenden online-Rubrik *FSB plus* finden sich auf der Homepage des Forschungsjournals (<http://forschungsjournal.de/>) ein Beitrag von *Maria Moscoso*: Zwar hat die Pandemie auch in den USA die Schlagzeilen im Jahr 2020 dominiert, doch haben Rassismus, die Fehler des Gesundheitssystems und die Ungleichheit ebenfalls eine große Rolle gespielt. In ihrem Artikel zeigt Moscoso, wie all diese Themen miteinander verknüpft sind und gibt Empfehlungen, wie die Biden-Administration diese Herausforderungen angehen sollte.

Maria Skóra und *Diego Rivas* aus dem Team unserer Gast-Herausgeber*innen bei Progressiven Zentrum haben für die online-Rubrik drei Interviews bei Wahlkämpfern und AktivistInnen zum Thema „Kampagnen, Soziale Bewegungen und Parteipolitik während der Präsidentenwahl 2020“ geführt.

Ulrich Frey analysiert die Bundestagsdebatte um den Einsatz vom Kampfdrohen. Ebenfalls in unserer online-Rubrik erörtern *Dörte Themann*, *Rosaria Di Nucci* und *Achim Brunnengräber* problematische Machtasymmetrien in der Öffentlichkeitsarbeit zur atomaren Endlagersuche.

Jenseits des Themenschwerpunkts bieten unsere Rubriken wie üblich auch weitere Themen an: In der Aktuellen Analyse diskutieren *Norbert Kersting* und *Steffen Jähn* die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf quartiersbezogene poli-

tische Partizipation. Evaluationen einiger Beteiligungsinstrumente zeigen häufig, dass sich meist ressourcenstarke, d. h. gut gebildete ältere „Männer“ ohne Migrationsgeschichte einbringen. Um diese Partizipationslücke (partizipative Spaltung) zu schließen, sollen einerseits niedrighschwellige Instrumente wie Community Organizing oder gemeinwesenorientierte Sozialarbeit die Teilhabe benachteiligter Gruppen fördern. Andererseits gibt es in einigen Kommunen neben demokratischen Innovationen wie offenen Bürgerforen oder Bürgerräten auch Beiräte, die Partikularinteressen, besonders von Migrant*innen, von Senior*innen und Menschen mit Behinderungen stärker an politischen Prozessen beteiligen. Es bedarf der vermehrten Beschäftigung mit den Erfolgsbedingungen sowie Positivbeispielen politischer Partizipation vormals marginalisierter Gruppen. Eine Studie im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, die von der WWU Münster durchgeführt wurde, untersucht solche begünstigenden individuellen Motive und kontextuale Strukturen im Rahmen von Fallstudien in deutschen Großstädten.

In unserer Rubrik „ipb beobachtet“ blickt *Felix Anderl* auf das Verhältnis von Bewegungsforschung und den Forschungen zu Internationalen Beziehungen. Anhand der Konzepte Kontestation, Politisierung und Herrschaft geht er der Frage nach, wie und was beide Disziplinen mit Blick auf ein tiefgreifendes Verständnis transnationaler Bewegungen und der zunehmenden Umstrittenheit globaler Normen voneinander lernen können.

Pia Gomez interviewt im *Pulsschlag* Mathias Wörsching und Alexander Häusler zum Thema „Was ist Faschismus?“

In unserer *Literatur-Rubrik* werden zudem besprochen die Bände von John Postill (2018: *The Rise of Nerd Politics. Digital Activism and Political Change*), von Emiliano Trerè (2018: *Hybrid Media Activism*) sowie Oskar Ilja Fischer (2020: *Geflüchtetenprotest und Gewerkschaften. Verhandlungen von Repräsentation im deutschen Arbeits- und Migrationsregime*).

In unserer Rubrik *FJSB Plus* auf der Homepage des FJSB (<http://forschungsjournal.de/>) setzt sich unser Autor *Ulrich Frey* zum einen mit der aktuellen Debatte um Kampfdrohnen im Deutschen Bundestag auseinander. Zum anderen analysiert *Leon Wystrychowski* die Bewegung gegen den Irakkrieg in Deutschland 2003.

María Alejandra Moscoso Rivadeneira gibt Maria Moscoso einen Überblick über den Rassismus, die Fehler des Gesundheitssystems und die Ungleichheit, die das Jahr 2020 in den USA trotz Corona geprägt haben. In ihrem Artikel zeigt sie, wie all diese Themen miteinander verknüpft sind und gibt Empfehlungen, wie die Biden-Administration diese Herausforderungen angehen sollte.

Unser Dank gilt zu allererst unseren Autor*innen in Themenschwerpunkt und Rubriken und allen Beteiligten in Redaktion und Verlag. Der Themenschwerpunkt

wurde in Gastherausgeberschaft gemeinsam mit Kolleg*innen des Progressiven Zentrums (*Dominic Schwickert, Maria Skóra, Diego Rivas* und *Lukas Schwemer*) erstellt. Dank für die hervorragende Zusammenarbeit.

Berlin, den 20. Januar 2021

Dr. Dominic Schwickert, Dr. Maria Skóra, Diego Rivas und **Lukas Schwemer**
(Gastherausgeber*innen des Themenschwerpunkts)

PD Dr. Ansgar Klein (für Herausgeber und Redaktion des FJSB)

In eigener Sache:

Wir danken an dieser Stelle *Jan Rohwerder* für seine mehrjährige Tätigkeit als Mit-Herausgeber des Forschungsjournal. Er scheidet auf eigenen Wunsch aus Herausgeberkreis und Redaktion des Forschungsjournal aus. Aus der Redaktion scheidet zudem Dr. Rudolf Speth aus, der das eine oder andere Themenheft beige-steuert hat. Ihnen allen unser ganz herzlicher Dank und unsere besten Wünsche für die Zukunft!

Neu in den Kreis der Herausgeber aufgenommen wurde *Moritz Sommer*. Er ist politischer Soziologe mit den Schwerpunkten Protest, Soziale Bewegungen und Fragen gesellschaftlicher Polarisierung in Deutschland und Europa. Derzeit ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) tätig. Dem Journal ist Moritz Sommer seit 2014 eng verbunden; seit 2016 betreut er die Literatur-Rubrik zusammen mit Karin Urich und Elias Steinhilper. 2018 ist die Rubrik „ipb beobachtet“ hinzugekommen, die er zusammen mit Jannis Grimm koordiniert. Für das namensgebende Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) sitzt Moritz Sommer seit 2020 im Vorstand.

PD Dr. Ansgar Klein (für Herausgeber und Redaktion des FJSB)